

Briefe an die Redaktion

Ihre Meinung

findet auf dieser Seite Platz, wenn Sie (auch bei Zuschriften via E-Mail) Namen und Anschrift mitteilen. Aus der großen Zahl täglicher Zuschriften kann allerdings nur eine Auswahl veröffentlicht werden. Die Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Anschrift für Leserbrief:
NW-Chefredaktion
Niedernstr. 21-27
Pressehaus
Postfach 10 02 25
33502 Bielefeld

Ihre Zuschrift erreicht die Redaktion auf dem schnellsten Weg über eine E-Mail an: redaktion@nw.de
Bitte vergessen Sie Ihre Adresse nicht.

Bedürftige nicht vergessen

Zu „Steuersystem bremst sozialen Ausgleich“, Nr. 207/2015:

Die Artikel zur aktuellen Flüchtlingssituation (...) drängen andere Themen in den Hintergrund. Das ist (...) richtig so, aber es birgt auch Risiken in Bezug auf den inneren Frieden. Ein Beispiel: (...) In Berichten zu Studien über die sozialen Verhältnisse in Deutschland wurde stets auf bestehende Ungerechtigkeiten hingewiesen. Jetzt sind solche Artikel (...) eher selten.

(...) So geht es keinesfalls in Ordnung, dass z. B. die Chancen auf eine adäquate Schulbildung von Vermögen und Einkünften der Familien abhängig sind. Wer einmal zur Unterschicht gehört, bleibt es auch, und dies gilt oft auch für nachfolgende Generationen.

Viele werden daraus schließen, dass für die Flüchtlinge immer das nötige Geld zur Verfügung steht, aber so gut wie nichts für die Bedürftigen in der eigenen Bevölkerung.

So wächst letztlich auch der Nichtwähleranteil stetig, denn niemand geht zur Wahl, um für das nach seinem Dafürhalten kleinere Übel zu stimmen.

Doris Witte
32584 Löhne

Eigenverantwortung und Atomkraft schließen sich aus

Zu „Freiheit des Einzelnen bleibt wichtig“, Nr. 205/2015:

Auch ich habe Verständnis dafür, dass man anlässlich eines Jubiläums (...) die vermeintlichen Erfolge betont und die Fehler außen vor lässt. Nicht durchgehen lassen kann ich dem Landrat, dass er die „Eigenverantwortung der Menschen“ als Wert der CDU betont und sich drei Sätze weiter zur Atomkraft dahingehend äußert, dass Deutschland gerade die Chance verpasst, diese zu einem Exportschlager zu machen.

Damit kritisiert er indirekt Frau Merkel, die aus der Reaktorkatastrophe in Fukushima betont und sich drei richtigen Schlüsse – die Energiewende – gezogen hat. Wenn er die Vorstellung aufwert, man könne die Atomkraftwerke sicher machen, kann er sich genauso erfolglos



Ehrenamtliche Unterstützung ist unverzichtbar: Flüchtlinge erhalten nach ihrer Ankunft am Hauptbahnhof in Dortmund in einer Betreuungsstelle eine Erstversorgung. FOTO: DPA

Freiwillige Helfer sind überfordert

Zu „Flammender Appell für europäische Solidarität“, Nr. 210/2015:

Die Willkommenskultur in Deutschland feiert Hochkonjunktur. Die Emotionen werden seitens der Politik und der Medien in den Vordergrund gerückt und verstellen die Sicht auf die komplexe Problematik. Kritiker werden sofort in die „rechte Ecke“ verbannt, und so wird jede sachliche Diskussion, die in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte, im Keim erstickt. (...) Aber seitens der Politik existiert kein Plan und kein Handlungskonzept, nur der Ruf nach ehrenamtlichen Helfern ist zu hören. Es ist richtig und anerkennenswert, dass sich so viele Ehrenamtliche engagieren, doch angesichts der immer weiter ansteigenden Zahl von Menschen sind auch die freiwilligen Helfer längst überfordert.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration liegt im schnellen Erlernen der deutschen Sprache, doch auch in diesem Bereich existieren keine klaren Leitlinien. Bis zur Entscheidung des Asylantrags sind für Erwachsene keine Deutschkurse vorgesehen. Ehrenamtlichen wird diese Aufgabe überlassen. In den Schulen sollen Deutschlehrer, die nicht auf die Unterrichtung des Zweitspracherwerbs vorbereitet sind, diese Aufgabe erfüllen. Doch die Lerngruppen sind sehr heterogen, Schüler mit

Englischkenntnissen sitzen neben Kindern, die gar nicht alphabetisiert sind. (...)

Ohne Sprachkenntnisse wird weder ein erfolgreicher Schulabschluss noch eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft erfolgen können. Dann besteht die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften, wie wir sie z. B. aus Berlin-Neukölln kennen, bilden. Auch die anerkannten Asylanten werden aufgehoben, wenn sie Außenseiter im „Traumland“ Deutschland bleiben und nicht am Wohlstand teilhaben. Dann steht der soziale Frieden in unserem Land auf dem Spiel.

Erschreckend ist auch die Tatsache, dass die Bundespolitiker im Zuge der unkontrollierten Flüchtlingsströme die Gefahr islamistischer Terroranschläge aus den Augen verloren haben.

Noch zu Beginn des Jahres waren alle europäischen Politiker und Bürger alarmiert angesichts des islamistischen Terroranschlags auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris. Doch zurzeit ist diese Gefahr größer als je zuvor. Spanische Sicherheitsbehörden warnen, Mitglieder der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ könnten mit gestohlenen Reisepässen als getarnte syrische Flüchtlinge in die EU einreisen.

Wir sollten uns menschlich und professionell um die anerkannten Asylanten kümmern, damit sie eine gute Chance auf Integration in un-

serer Gesellschaft erhalten. Das kann aber nicht gelingen, wenn Deutschland unkontrolliert Flüchtlinge aufnimmt. Von der Politik muss man schnelles und durchdachtes Handeln einfordern. Dazu gehört auch eine Unterstützung der Herkunftsländer und deren Nachbarländer, wie z. B. der Türkei und des Libanon, die bereits mehrere Millionen Kriegsflüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben. Es ist nicht sinnvoll, dass Millionen Menschen ihre Heimat und ihren Kulturkreis verlassen. (...) **Renate Jungnitsch**

33719 Bielefeld

Zu „Flüchtlingsdruck hält an: Europa streitet um Verteilung“, Nr. 203/2015:

Dass politisch Verfolgte aus dem Mittleren Osten und anderen Weltregionen in Deutschland Asyl bekommen, ist selbstverständlich. Die Aufnahmebereitschaft mit dem großartigen Einsatz vieler Ehrenamtlicher zeigt, dass hier insgesamt eine fremdenfreundliche Atmosphäre besteht. Da sind Worte und Ratschläge von Angela Merkel und Joachim Gauck nicht nötig. Da die beiden es dennoch nicht lassen konnten, hätten sie vorher den folgenden Konfuzius-Spruch beachten sollen: „Der wahrhaft Edle predigt nicht, was er tut, bevor er nicht getan hat, was er predigt.“

(...) Sie könnten z. B. einen

Teil ihrer relativ hohen Gehälter zur Unterstützung der Ehrenamtsarbeit bereitstellen. Oder (...) selbst Wohnräume anbieten. So ist die Wohnung im Kanzleramt seit dem Auszug von Gerhard Schröder 2005 ungenutzt. (...) Joachim Gauck hat in seinem überdimensionierten Schloss Bellevue mit parkähnlicher Umgebung ebenfalls gute Beherbergungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

Die Ursachen für die derzeit schwierige Situation und die furchtbaren Ereignisse in den Herkunftsländern sollten nicht ignoriert werden. Hauptverantwortlich sind die USA mit den folglosen Nato-Staaten, die in verschiedenen Ländern durch ihr verantwortungsloses, kriegerisches Handeln diese betreffenden Regionen in großes Chaos und Leid gestürzt haben.

Mindestens 250.000 bis 300.000 Menschen mussten bisher diese vom „Westen“ entfachten völkerrechtswidrigen Kriege mit ihrem Leben bezahlen. Die Zahl der Flüchtlinge geht bekanntlich in die Millionen. Folglich müssten besonders die USA Kriegsflüchtlinge aufnehmen und einen großen Teil der Kosten mittragen. Eine entsprechende Forderung sollte auf jeden Fall in Washington gestellt werden, wenn auch zu erwarten ist, dass (...) von der US-Regierung (...) keine Antwort folgen wird.

Heinz-Wilhelm Wippersteg
32139 Spenge

Der Begriff „Neger“ diskreditiert Menschen

Zu den Leserbriefen „Das Wort Neger gehört zum Sprachgebrauch“:

(...) Der Ausdruck „Neger“ entstand in Zeiten des Kolonialismus und der Sklaverei, stammt aus dem Spanischen – „negro“ für schwarz – und hat seinen weiteren Hintergrund in der damals entwickelten, willkürlich konstruierten „Rassenlehre“.

Dieses Konstrukt, das keiner wissenschaftlichen Untersuchung standhält, spielte im soziohistorischen Kontext immer dann eine Rolle, wenn es darum ging, Macht und Herrschaft über vermeintlich minderwertige oder mit sonstigen vorsätzlich herbeigeredeten Makeln behaftete Menschen auszuüben oder diese zu diskreditieren. Das Wort enthält daher negative Konnotationen und sollte deshalb nicht mehr benutzt werden.

Man sollte also jedem Menschen, der sagt: „Das will ich so nicht mehr hören!“, den Respekt entgegenbringen, anstatt für ein vermeintliches Recht auf das folgenlose Aussprechen eines despektierlichen Wortes zu kämpfen. (...)

In neuerer Zeit ist das Wort „Neger“ nicht mehr gängig und im täglichen Gebrauch. In meiner Kindheit in den 1970er und 1980er Jahren waren Alltagsrassismen allgegenwärtig und wurden als „normal“ empfunden – eben das macht sie zu Rassismen. In der Rückschau betrachtet werden sie deshalb aber nicht richtiger. (...)

Wer sich dem Fortschreiten der Dinge und dem Hinzulernen neuer Zusammenhänge nicht öffnet, darf sich nicht wundern, wenn er/sie als ewig gestrigt gilt. Die persönliche soziale Weiterentwicklung jedes Einzelnen unter der kritischen Betrachtung unserer Geschichte sollte jedem ein hohes Gut sein. „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt“ (Erich Fried).

Anja Fraedrich

33334 Gütersloh

Politiker oft unqualifiziert

Zu „Wählen will gelernt sein“, Nr. 214/2015:

Im Artikel wurde ein ganz wesentlicher Grund nicht erwähnt: das Negative Image vieler Politiker in der Einschätzung der Bevölkerung – aber das will ja kein Politiker wahrhaben.

Hinzu kommt, dass man die zur Wahl stehenden Damen und Herren kaum kennt (...). Da nützt auch das größte Wahlplakat an der Straßenecke und der kernige Spruch darauf nichts. Wenn man die berufliche Vorbildung und die Vergangenheit mancher Politiker näher kennt, muss man sich wundern, woher sie den Mut nehmen, so unqualifiziert größere Aufgaben übernehmen zu wollen.

Daher kommt es immer zu Bildungen von Ausschüssen und Sitzungen vor wichtigen

Entscheidungen, da den einzelnen Politikern oft die Sachkenntnis fehlt. Es wird viel Geld falsch ausgegeben, und viele Baubjekte müssen nachfinanziert werden, weil keine „Fachkraft“ die Arbeiten richtig prüfen und festlegen kann. (...) Außerdem locken der Titel und die z. T. großzügige Besoldung und spätere Rente. Im Bundestag und in anderen Regierungsgremien sitzen viel zu viele Politiker.

Bei Nichtwählern ist oft nicht der soziale Hintergrund und das Bildungsniveau oder die „Sperrigkeit der Wahlsysteme“ der Grund für den Wahlverzicht, sondern die mangelnde Qualifizierung der Politiker, was die natürlich nicht wahrhaben wollen. Ich glaube, dass die Wahlbeteiligung deshalb weiter sinken wird.

Dietmar Glänzel

33824 Werther

Krankhaftes Ziel der USA

Zum Kommentar „Der Westen ist verantwortlich“, Nr. 212/2015:

Ich kann dem Autor nur voll und ganz zustimmen. (...) Zwei Aspekte möchte ich noch hinzufügen. Das sind die unsäglichen Waffenlieferungen Deutschlands und des Wes-

tens in die Krisengebiete der Welt. Zum Zweiten der krankhafte Wille der Amerikaner, Russland zu schwächen und zu destabilisieren. Beide Aspekte haben der Bevölkerung nicht genutzt, und sie muss die Politik der Mächtigen jetzt ausbaden. **Jürgen Thannhäuser**

33647 Bielefeld

VIKZ kooperiert auf allen Ebenen mit staatlichen Stellen

Zum Kommentar „Vorsicht vor den Islamverbänden“, Nr. 218/2015:

Im Kommentar in der NW (...) werden über den Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) haltlose Behauptungen verbreitet. Dabei handelt es sich um aufgewärmte Vorurteile und bodenlose Behauptungen aus den vergangenen Jahren, zu denen sowohl der VIKZ mit seiner Pressemitteilung vom 11. 4. 2008 und seinen offenen Briefen (www.vikz.de, Pressemitteilungen 2008) als auch diverse staatliche Stellen bereits damals Stellung bezogen haben.

Festzuhalten gilt: Der VIKZ ist nicht antiwestlich. Der Verband bekennt sich ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und kooperiert auf allen Ebenen mit staatlichen Stellen.

Vor allem in einer Zeit, in der die Flüchtlinge jede Hilfe brauchen, ist ein vorurteilsbehafteter Kommentar kontraproduktiv. Viele Gemeinden des VIKZ leisten anerkennungswürdige Hilfe für Flüchtlinge. So wird es auch an diesem Opferfest und in Zukunft sein.

Der VIKZ wurde 1973 in Köln gegründet. Er ist eine anerkannte islamische Religionsgemeinschaft und ein gemeinnütziger Verein. Dem Verband sind bundesweit circa 300 selbstständige Moschee- und Bildungsvereine angeschlossen. Ziel und Zweck seiner Verbandsarbeit ist die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung von Muslimen in Deutschland. **Erol Pürülü**

Dialogbeauftragter und Referent für Öffentlichkeitsarbeit VIKZ
50825 Köln



Feierte 70 Jahre CDU: Landrat Sven-Georg Adenauer.
FOTO: RAIMUND VORNBAUMEN

(je nach Forschungsinstitut) heute 11 bis 38 Cent pro Kilowattstunde höher liegen. Wesentlicher aber ist, dass weder 1960 noch heute jemand weiß, wie atomare Abfälle oh-

ne Schaden für Mensch und Umwelt gelagert werden können. Deshalb wird dieses Problem in allen Staaten weit in die Zukunft verschoben, so dass niemand von denen, die diese verantwortungslosen Entscheidungen in der Kernenergie getroffen haben, von den kommenden Generationen mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann. Bei uns werden die 126.000 Fässer aus der Asse nicht vor 2033 geborgen; ein geschlossenes Endlager für hochradioaktiven Müll gibt es nicht vor 2095, falls überhaupt.

Deutschland hat 2011, zur Zeit der Reaktorkatastrophe in Japan, das Glück gehabt, dass eine Frau die Richtlinien der Politik bestimmt hat, die als Physikerin und ehemalige Bundesministerin für Reaktorsicherheit genau wusste, was eine Halbwertszeit ist und was

die Freisetzung von Stoffen wie Plutonium 239 und Jod 129 für die Menschheit bedeutet.

Sie hatte noch einen Begriff davon, dass Generativität mehr bedeutet, als eigene Kinder großzuziehen. Die Kanzlerin hat im entscheidenden Moment eine Haltung gezeigt, die bei den alten Männern, die den gesellschaftlichen Rahmen in Wirtschaft und Politik setzen, nicht vorhanden ist. (...)

Die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen dieser Männer sind mit der Erhaltung der Lebensgrundlagen für unsere Kinder nicht vereinbar. Die jungen Menschen spüren dies – sie kennen keine respektablen Erwachsenen mehr und wenden sich von der Politik ab, weil es dort nicht mehr um ihre Zukunft, sondern um die Privilegien der Alten geht. **Dieter Kardinahl**
33334 Gütersloh